

Ökolumne

Die Klimaerwärmung eindämmen

Klimageld statt CCS

von Ulrich Brehme

Wir leben in einer Zeit der Erderhitzung mit der Zunahme von Extremwetter. Korrupte Unterdrückungsregime wie Russland führen Kriege und verbreiten zusammen mit Lobbyisten Lügen und Desinformation, anstelle von Wahrheit. Auch die fossile Wirtschaft versucht den Klimaschutz durch gezielte Kampagnen zu verhindern. Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel und läßt sich von Putin finanzieren. Beide sind sich einig darin, an der fossilen Wirtschaft festzuhalten.

Die letzte Klimakonferenz im Dezember 2023 in Dubai war eine Greenwashing-Konferenz. Die Erderwärmung hat inzwischen 1,48°C erreicht. Die meisten Menschen bekommen das gar nicht mit. Große Teile der Gesellschaft sind sich den enormen Veränderungen, die ein sich erwärmender Planet mit sich bringen wird, nicht bewusst. Sie glauben, sie könnten einfach so weitermachen wie bisher. In einigen Jahren werden große Gebiete in Äquatornähe nicht mehr bewohnbar sein. Und solche Gebiete werden größer werden. Statt CO₂ konsequent einzusparen, wirbt die Gasindustrie für die unterirdische Speicherung des CO₂, auch CCS genannt. Das Risikopotential ist nicht abschätzbar und die Wirkung ist fragwürdig. Das Rausziehen von CO₂ aus der Luft ist Energieverschwendung. Bei der Verbrennung von 1kg Heizöl entstehen 4kg CO₂. So große CO₂-Lagerstätten kann man gar nicht schaffen. Unterirdische CO₂-Endlager sind zwangsläufig undicht. Die ausgeförderten Gas- und Ölfelder, in die das CO₂ verpresst werden soll, sind von undichten Bohrlöchern, Brüchen durchsetzt. Bereits heute geht man davon aus, daß an etwa drei Vierteln der ca. 15.000 alten Bohrlöcher in der Nordsee Methan (ca. 80fache Klimawirksamkeit von CO₂) austritt. Druckerhöhung durch CO₂-Einpressung würde dies verstärken. Und die Gaskonzerne, die solche „Endlager“ betreiben sollen, wollen jedenfalls für deren Dichtigkeit nicht haften. Die Grünen haben im Herbst 2023 einen Kurswechsel hin zur unterirdischen Speicherung von CO₂ (CCS) beschlossen. Wenn man etwas Sinnvolles tun möchte, sollte man besser von CCS die Finger lassen und weltweit alle Methan-Lecks von alten Bohrlöchern und defekten Gasleitungen abdichten.

Die Betonherstellung mit Zement verursacht weltweit 8% der weltweiten CO₂-Emissionen. Sinnvoll ist die zementlose Herstellung von Beton mit CO₂. Solche Innovationen müssen auch staatlich unterstützt werden. Wichtig ist aber, zu welchen Bedingungen das geschieht und ob auch in der Lieferkette ökologische Regeln eingehalten werden.

Erneuerbare Energien sind inzwischen leichter über den Markt ohne Subventionen finanzierbar. Die Energiepreise werden langfristig dadurch sinken. Es ist wichtig, dass wir das Stromangebot weiter schnell ausweiten, denn die Nachfrage nach Öko-Strom zu niedrigen Preisen wird absehbar steigen.

Wichtig wäre, nicht nur die Effizienz, sondern auch die Nutzungsdauer dieser Anlagen für erneuerbare Energie zu verlängern. Das senkt die Erzeugungskosten der Energie.

Wir brauchen einen wirtschaftlichen Rahmen, der massive Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung mit modernen Technologien fördert und den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur finanziert. Das darf nicht durch eine Schuldenbremse ausgebremst werden. Es darf aber auch keine Industriestromsubventionen geben, wo dann das Geld mit vollen Händen an die Großindustrie auf Kosten anderer staatlicher Aufgaben ausgeschüttet wird. Dies hatte die Regierung unter anderem mit ihrem Klima- und Transformationsfonds auch vor. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Finanzpolitik der Regierung gestoppt. Es handelt sich dabei um Sonderschulden und kein „Sondervermögen“. Der Bundesrechnungshof nannte diese Schulden treffend "budgetflüchtige Ausgaben".

Wichtig ist, das Klimageld zügig an die Bevölkerung auszuzahlen, damit man die Kosten für Emissionsrechte stark erhöhen kann, ohne daß es zu großen sozialen Härten kommt. Dann wird auch der Ökologische Strukturwandel gelingen.